

<b>BESCHLUSSVORLAGE</b>  <b>V0150/19</b> öffentlich	Referat	Referat V
	Amt	Amt für Jugend und Familie
	Kostenstelle (UA)	51
	Amtsleiter/in	Betz, Oliver
	Telefon	3 05- 4 54 00
	Telefax	3 05- 4 54 09
E-Mail	jugendamt@ingolstadt.de	
Datum	15.02.2019	

<b>Gremium</b>	<b>Sitzung am</b>	<b>Beschlussqualität</b>	<b>Abstimmungs- ergebnis</b>
Jugendhilfeausschuss	28.03.2019	Vorberatung	
Finanz- und Personalausschuss	04.04.2019	Vorberatung	
Stadtrat	11.04.2019	Entscheidung	

**Beratungsgegenstand**

Förderprogramm Demokratie leben  
-Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 27.11.2018-  
(Referent: Herr Scheuer)

**Antrag:**

Der o. g. Antrag wird abgelehnt.

gez.

Wolfgang Scheuer  
Berufsmäßiger Stadtrat

**Finanzielle Auswirkungen:**

**Entstehen Kosten:**             ja                     nein

wenn ja,

Einmalige Ausgaben	Mittelverfügbarkeit im laufenden Haushalt	
Jährliche Folgekosten	<input type="checkbox"/> im VWH bei HSt: <input type="checkbox"/> im VMH bei HSt:	Euro:
Objektbezogene Einnahmen (Art und Höhe)	<input type="checkbox"/> Deckungsvorschlag von HSt: von HSt:	Euro:
Zu erwartende Erträge (Art und Höhe)	von HSt:  <input type="checkbox"/> Anmeldung zum Haushalt 20	Euro:
<input type="checkbox"/> Die Aufhebung der Haushaltssperre/n in Höhe von                    Euro für die Haushaltsstelle/n (mit Bezeichnung) ist erforderlich, da die Mittel ansonsten nicht ausreichen.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung herangezogenen Haushaltsmittel der Haushaltsstelle (mit Bezeichnung) in Höhe von                    Euro müssen zum Haushalt 20                    wieder angemeldet werden.		
<input type="checkbox"/> Die zur Deckung angegebenen Mittel werden für ihren Zweck nicht mehr benötigt.		

**Kurzvortrag:**

Das derzeitige Bundesprogramm „Demokratie leben!“ mit dem Förderschwerpunkt lokaler „Partnerschaften für Demokratie“ ist befristet bis 31.12.2019 und verfügt nach telefonischer Rücksprache beim Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (Standort Schleife) über keine Restfördermittel, da bereits alle Fördermittel ausgegeben wurden.

Die Bundesministerin Giffey gab im Rahmen der Programmkonferenz Anfang November 2018 bekannt, dass dieses Programm vereinfacht fortgeführt und neu ausgerichtet werden soll. Ab 2020 konzentriert sich das Bundesprogramm daher wohl auf drei Kernziele: Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung und Extremismusprävention.

Lt. Bundesamt wird voraussichtlich Ende 2019 bereits ein Interessensbekundungsverfahren starten. Da die Förderrichtlinien aktuell noch nicht bekannt sind, muss der derzeitige Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe abgelehnt werden.